

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 736.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Winkelpreis: Die 8-spaltige Seite 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten 150 Pfg., die 3-spaltige Reklameseite 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Expeditionsnummer 26 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2245. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 139

Donnerstag, den 17. Juni 1920

11. Jahrgang

Reichsministerium Dr. Mayer-Kaufbeuren?

Warum wir Sozialdemokraten für ein deutsches Oberschlesien sind.

In der Danziger Wochenschrift „Die Kräfte“, begründet H. Ramlow aus Tichau in Oberschlesien die überzeugte Haltung unserer ober-schlesischen Genossen zu Deutschland in längeren Ausführungen, die auch unsere Leser interessieren werden und die wir daher im Auszug wiedergeben.

Man hat uns Sozialdemokraten als Anhänger der Internationalen stets jedes vaterländische Empfinden abgesprochen, weil der Sozialismus die ganze Welt als sein Vaterland betrachtet. Und doch sind es gerade die vaterlandlosen Gesellen, die jetzt die eifrigsten Verfechter des deutschen Gedankens in Oberschlesien sind. Wozu ist dieser Bestimmungsumschwung zurückzuführen, da doch nationalstische Tendenzen sich mit unsern Grundsätzen nicht vereinbaren lassen? Nein, nicht plötzlich erwachter Nationalismus ist es, sondern die Interessen der Arbeiterschaft, deren Wahrung unsere Partei zu ihrer obersten Aufgabe gemacht hat, zwingen uns zu dieser Stellungnahme. Das also ist „des Pudels Kern“, und hieraus ergibt sich auch unser ablehnender Standpunkt in der Aufnahme der Autonomiefrage, denn unseres Erachtens läßt sich der autonome Staat mit den demokratischen Prinzipien nicht in Einklang bringen, weil er auf eine Klassenindividue schlimmster Art hinausläuft. Ob in diesem Staate die Schwerindustrie das Heft in der Hand hält — der erste Schritt dazu ist ja bereits durch Schaffung eines industriellen Presse-trusts geschehen — oder ob gewissermaßen eine Oligarchie die Regierungsform Oberschlesiens bilden sollte, bleibt für uns vollkommen gleich; in jedem Falle bleibt doch die Arbeiterschaft, die das Gros der ober-schlesischen Bevölkerung bildet, von der Regierung völlig ausgeschlossen. Um pekuniärer Vorteile willen arbeitet der Kapitalismus mit den Autonomisten Hand in Hand. Die auf Kosten des Volkes errungenen Kriegsgewinne möchte man der geschickten Verfeinerung in Deutschland oder Polen entziehen und noch ins Unermeßliche steigern. Erklärt man doch jetzt bereits in diesen Kreisen ganz unverschämten, daß man dann die Arbeiterlöhne gewaltsam auf den Friedensstand reduzieren werde, da man ja dann die Macht dazu in Händen habe, und auch sonst denkt man an eine Beeinträchtigung und Schmälerung der Rechte, die sich die Arbeiterschaft in ruhmvollen Kämpfen errungen hat.

Daß wir aber für Polen stimmen sollten, wo man bereits eine Neuauflage des Sozialistengesetzes nach dem berühmten altpreussischen Muster in Vorbereitung hat und den Sozialismus wie ein lästiges Unkraut austrotten möchte, kann uns im Ernst niemand zumuten. Wenn wir die Wahl zwischen dem demokratischen Deutschland und Polen, dem Eldorado aristokratischer Staatsformen der Neuzeit, haben, so dürfte uns der Entschluß nicht schwer fallen. Man spreche ja nicht von den angeblichen Konzessionen, die die polnische Regierung den Arbeitern gemacht hat; schlagender konnte wohl kaum das Gegenteil bewiesen werden, als durch die Haltung des polnischen Abstimmungskommissars Konarski und damit der polnischen Regierung in der Frage der Betriebsräte. Daß Polen sich hier mit dem Ententeverbot solidarisch erklärte, obwohl doch diese Einziehung lediglich eine Erweiterung der Arbeiterrechte ohne jede nationale Tendenz bezweckt, wirft ein großes Schlaglicht auf die logischen Abhänger der polnischen Regierung. Und nun vor allem die Sozialpolitik, die doch in Polen sehr im argen liegt. Oder mag es jemand, zu behaupten, daß das polnische Versicherungswesen dem deutschen gleichwertig ist? Die Betriebsvorschriften zum persönlichen Schutz für das Leben des einzelnen Arbeiters sind in Polen völlig unzureichend, eben weil keine genügenden Renten- und sonstigen Gesetze vorhanden sind, die den Arbeitgeber zu Haftung und Schadenersatz für einen erlittenen Betriebsunfall zwingen. Man hat sich ferner überall bei uns bemüht, die geistige Bildung des „vierten Standes“ auf jede Art und Weise zu heben und sollte jetzt mit einem Male für eine Gleichstellung des ober-schlesischen Arbeiters mit dem auf bedeutend niedrigerem Kultur-niveau stehenden polnischen eintreten?

Aber auch für Polen selbst würde eine Annexion Oberschlesiens vom sozialistischen Standpunkte aus eine Gefahr bedeuten. Der Sozialismus, der in Oberschlesien eine riesige Anhängerzahl besitzt und sich in der deutschen Republik ungehindert entfalten konnte, während er in Polen mit der Gewalt der Bajonette niedergeschlagen wurde, würde sich wie ein flüchtiger Waldbrand verbreiten. Die Folge davon wären furchtbare Klassenkämpfe, da der polnische Arbeiter nicht politisch geschult und organisiert, vor allem aber von Natur sehr heillosig ist. In Polen, wie ich ja schon oben be-

lonte ein ausgesprochener Klassenstaat ist, in dem nur Adel und Geistlichkeit — der größte Teil der Richterstellen in der Provinz Posen ist mit Geistlichen besetzt — herrschen, so würden die Geißler des Bürgerkrieges in einer berartigen Weise entfesselt werden, daß der polnische Staat einer solchen Revolution nicht standhalten könnte.

Ein Block-Kabinet der Mitte?

Die deutsche Regierungskrisis beschäftigt selbstverständlich alle Volksteile, denen das Wohl Deutschlands nicht gleichgültig ist, sehr lebhaft. Deshalb haben auch die Berliner Gewerkschaftsvertreter dazu Stellung genommen und folgende Erklärung beschlossen:

„Wird eine Koalition der Linken durch die Abstinenz der Unabhängigen unmöglich, so ist die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition von Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum die beste Lösung der Krisis. Sollen wir der Reaktion in den Steigbügel helfen? Die Sozialdemokratie wird sich hoffentlich auch über den Wahlkampf hinaus sozial Verantwortung bewahrt haben, daß sie dazu nicht die Hände bündelt. Sie kann diese Verantwortung auch nicht auf andere abwälzen und sich nicht hinter die unverantwortlichen Führer verstecken. Wenn die Republik in ihrer Sicherheit bedroht ist, so muß sie als stärkste Partei in die Bresche springen, nicht um der Partei, sondern um des Volkes und des Vaterlandes willen.“

Die hierin ausgesprochenen Gesichtspunkte sollten auch nach unserer Überzeugung von der Sozialdemokratischen Partei beachtet werden. Sie darf die ganze bisherige Arbeit an deutschen Volke nicht gefährden. Und dann sollte sie beachten, daß die Ablehnung der Unabhängigen doch nur die Diktatur ihrer Führer über die unabhängigen Wähler ist, die in ihrer großen Mehrheit zweifellos eine solche Politik des Volkswerrats weder wollen noch billigen.

Der Zentrumsführer, Staatssekretär Dr. Trimborn hat die Sozialdemokratische Partei gestern vormittag noch einmal und wieder vergeblich zum Eintritt in die Regierung aufgefordert. Darauf schlug Trimborn dem Reichspräsidenten den allgemein geachteten süddeutschen Zentrumsführer Dr. Fehrenbach als Reichszankler vor. Fehrenbach glaubte jedoch, obwohl er allen Parteien genehm war, aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Darauf empfahl Trimborn mit Billigung Fehrenbachs und der Zentrumsfraktion den deutschen Geschäftsführer in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren zum Reichszankler. Der Reichspräsident forderte Dr. Mayer sofort telegraphisch zur Annahme des Amtes auf. Er ist Bayer und gehört heute nicht dem Zentrum an, zu dessen besten führenden Köpfen er früher gehörte. Die neue bürgerliche Regierungskoalition würde nun aus dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei bestehen. Die Sozialdemokraten haben, wie der „Vokalanzeiger“, wissen will, die Duldung des neuen Kabinetts zugesagt, nachdem ihnen versichert worden ist, daß die sozialistischen Reichsbeamten in Dienst bleiben. Man spricht in parlamentarischen Kreisen von folgender Ministerliste: Reichszankler Dr. Mayer, Inneres Koch, Auswärtiges v. Rostitz (früher fäch. Gesandter in Wien), Wirtschaft Wiedfeld, Finanzen Wirth, Schatz v. Stimens, Arbeit Stegerwald, Verkehr Gröner, Reichswehr Geßler, Justiz Heinze.

Deutscher Proteststreik in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 15. Juni (W. L. B.) Wegen der Verhaftungen von Angestelltenauschüssen und Betriebsräten durch die Franzosen haben sämtliche Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten sowie der Hauptwerkstätten und ein großer Teil des Lokomotivpersonals die Arbeit geschlossen niedergelegt. Die Stilllegung großer industrieller Betriebe wie der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der Sulzer Maschinenfabrik usw. steht bevor. Auch die Straßenbahnen, die Elektrizitäts- und Wasserwerkarbeiter wollen in den Sympathiestreik treten. Nach einer weiteren Meldung ist der Schriftführer des Angestelltenauschusses, Schaeffer, der von den Franzosen nach der Verhaftung nach Mainz geschickt worden war, gestern aus der Haft entlassen worden.

Abwehr-Generallstreik im besetzten Westgebiet.

Mannheim, 16. Juni. Aus Anlaß der Verhaftung von Arbeiterführern in Ludwigshafen fanden gestern, laut „Neuer Badischer Landeszeitung“, drei mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschliessung angenommen mit der Erklärung, daß falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer nicht bis Freitag, mittags 12 Uhr, freigelassen haben, im ganzen besetzten Gebiet der Generallstreik erklärt werde.

Italiens Entgegenkommen gegen Deutschland.

Wie der „Deutschen Ill. Ztg.“ aus Rom berichtet wird, hat die italienische Regierung die Wiederentscheidung der deutschen Ansprüche auf die Dardanellen nach dem Friedensvertrag dem Kaiserreich zugesagt.

Wirrwar in Polen.

Die „D. Z.“ berichtet aus Warschau unter dem Datum des 16. Juni: Nachdem am Sonntag abend es mit knapper Not gelungen war, eine allerdings etwas buntschneidige liberal-sozialistische Sejmmehrheit zusammenzubekommen, die nunmehr an die Kabinettsbildung gehen sollte, haben am Montag die Parteien der Rechten, die bisher sich gänzlich passiv verhalten hatten, plötzlich eine sehr geschickte Gegenoffensive gegen den kaum zusammengekommenen linken Block begonnen. Der Angriff erfolgte von zwei Seiten. Im Block gelang es ihnen, die sogenannte Bürgerpartei wieder loszusagen zu machen, die ihre Zustimmung wieder zurückzog, während andererseits eine Abordnung der Rechten, der sich auch Führer der Stulski-Partei angeschlossen, bei dem Staatschef Bilsudski erschien, dem sie erklärte, ein linkssozialistisches Kabinet würde weiteste Volksschichten beunruhigen. Hier wurde namentlich gegen den vorgeesehenen sozialistischen Außenminister Dajlaski Sturm gelaufen, dem man Juniung zu den Mittelmächten vorwarf. Gerüchtelei soll man sich dabei auf dahingehende Mitteilungen des hiesigen französischen Gesandten berufen haben. Der doppelseitige Angriff der Rechten bewog gestern spät abends die Bauernpartei Witos als Führerin des linken Blockes die Kabinettsbildung abzulehnen, woraufhin Bilsudski am Mittwoch Stulski zu sich berief. Da der linke Block nunmehr gesprengt ist, und die Rechte selbst unter Hinzuziehung der Stulski-Partei keine Sejmehrheit bilden kann, bleibt nur noch ein Fachministerium übrig, dessen Berufung unter Stulskis Präsidium wahrscheinlich ist.

Giolitti für Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund.

Rom, 12. Juni. (Dena.) Die Giolitti sehr nahestehende Turiner „Stampa“ weiß über das von dem neuen Ministerpräsidenten zu befolgende Programm zu berichten:

Giolittis Finanz- und Steuerpolitik wird sich in der Richtung bewegen, die während des Krieges erworbenen Vorkriegsvermögen zu konfiszieren und den Mobilienbesitz schärfstens zur Besteuerung heranzuziehen. Außenpolitisch wird Giolittis Programm nach den Andeutungen der „Stampa“ eine große Ueberraschung bedeuten. Einzelheiten nach dieser Richtung gibt das Blatt leider nicht. Giolitti wird sodann bestrebt sein, eine gewisse Voreingenommenheit der Alliierten gegen ihn durch äußersten Freimut, der übrigens ganz seiner Charakteranlage entspräche, aus der Welt zu schaffen.

Die „Stampa“ meldet ferner, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parteien sich auf den Standpunkt stellt, daß die Mittelmächte in den Völkerbund einbezogen werden müssen. Auch von den von ihm in Aussicht genommenen Kabinettsmitgliedern fordert er eine diesbezügliche programmatische Erklärung.

Die Braunschweiger Obstruktion.

Um der vereinigten bürgerlichen Minderheit die weitere Verhinderung der sozialistischen Regierungsbildung unmöglich zu machen, beantragte in der Landtagssitzung vom Dienstag Abg. Paul Junke (unabhängig), die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses künftig nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit erfordern solle, sondern das das Haus schon beschlußfähig sein soll, wenn die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Die bürgerlichen verhinderten aber auch die Annahme dieses Antrages, indem sie das Haus verlassen und es beschlußunfähig machten.

Die Landtagswahl in Mecklenburg.

Vorläufiges Endergebnis der Mecklenburg-Schwerinischen Landtagswahlen vom 13. Juni: Deutschnationale Volkspartei 71 810, Deutsche Volkspartei 48 717, Mittelstandspartei 24 188, Demokraten 22 202, Sozialdemokraten 128 473, Unabhängige 24 587, Kommunisten 1168. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 14, Deutsche Volkspartei 10, Mittelstandspartei 5, Demokraten 4, Sozialdemokraten 28, Unabhängige 5, Kommunisten 2. Die Berechnung der Wähler mit den Unabhängigen hat hier gründlich begonnen.

Akkont auf den japanischen Ministerpräsidenten.

Karlsruhe, 16. Juni. (W. L. B.) Ueber Keijiro Inoh aus Tokio berichtet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgloser Anschlag gemacht worden sei. Der Täter, ein Japaner, sei verhaftet worden.

Kämpfe der türkischen Nationalisten.

Konstantinopel, 16. Juni. Saki „Times“-Meldung aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten den Waffenstillstand gebrochen und die spanischen Besatzer in den orientalischen Provinzen überfallen. In der Nähe des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Erzincan und bei den französischen Besitzern eine Geldgabe und Abtretung bestimmter Bezugsrechte an die nationalistische Regierung gefordert. Jüngsten hat zu Hilfe kommenden Franzosen und den internationalen Kräften hat es zum Kampf über dessen Wegung noch nicht gekommen.

Zwangswirtschaft und freier Handel.

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Der Zwangswirtschaft hat der Staat die wertvolle Aufgabe übertragen, die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Die Zwangswirtschaft hat der Staat die wertvolle Aufgabe übertragen, die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Die Zwangswirtschaft hat der Staat die wertvolle Aufgabe übertragen, die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Die Zwangswirtschaft hat der Staat die wertvolle Aufgabe übertragen, die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Die Zwangswirtschaft hat der Staat die wertvolle Aufgabe übertragen, die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Besondere Maßnahmen ergeben sich auch aus dem besonderen Verhältnis Dänemarks zu Polen und zu Deutschland.

Das Verhältnissabkommen mit dem Deutschen Reich war eine unumgängliche Notwendigkeit, um uns die Warenverfügung und den heimischen Geldverkehr wieder zu sichern. Daher mußte mit dem Staat geschlossen werden eine Vereinbarung der Güter- und Ausfuhrbeschränkungen nach den Vorschriften des Deutschen Reiches. Dieser Teil der Zwangswirtschaft ist eine unumgängliche Notwendigkeit; sie ist ein wesentlicher Bestandteil in dem Apparat zur Regelung und Förderung der heimischen Produktion. Doch eine oder die andere Zwangsmaßnahme letzten Grades der heimischen Güter- und Ausfuhrbeschränkungen würde kaum nicht hindern, daß für Dänemark als Gesamtheit der Wirtschaft zu tun.

Im Falle der Zwangswirtschaft sind die heimischen Kaufleute, die den Staat verschiedene Dinge ergangen auf Polen und Deutschland, mit der Aufgabe zu versehen. Der Staat ist in den ehemaligen Verhältnissen des Handels sehr weit weiter vorgeschritten. In Deutschland sind lediglich keine Erklärung darin, daß die Kaufleute und Fern keine Überwachungsbedürfnisse sind. Dennoch hat die Zwangswirtschaft die Produktion des heimischen Handels nach demselben Maßstab der Produktion hier schwere Rückschläge gebracht. Denn nur durch besondere Anordnungen müßte auf entsprechende Maßnahmen.

Im Deutschen Reich wie in Dänemark ist ein erheblicher Abbau der Produktion erfolgt. Es ist ein Aufgeben. Die Produktion ist aber nicht nur in der Produktion der Nahrungsmittel, sondern auch in der Produktion der Industrie. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion. Die Produktion der Industrie ist ein erheblicher Abbau der Produktion.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Der Staat im ganzen Deutschen Reich und in Dänemark zeigt, und die Produktion der Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern. In diesem Sinne hat der Staat die Zwangswirtschaft eingeführt, um die Produktion der Nahrungsmittel zu sichern und die Produktion der Industrie zu fördern.

Ausland.

Lenin über England.

London, 12. Juni. Die britische Arbeiterdelegation hat jetzt ihren Interimsbericht veröffentlicht. Zu den Ergebnissen des Sowjetregimes wird darin keine Stellung genommen. Die Delegation beschränkt sich vielmehr darauf, die Bitte zu erneuern, die russische Blockade einzustellen und die heutige russische Regierung anzuerkennen, damit der freie Verkehr zwischen Rußland und dem Ausland wieder hergestellt werden kann. Das Nahrungsmittelproblem übertrage Rußland alle anderen Fragen, und die ganze Bevölkerung werde von der Hungersnot betroffen.

In dem Bericht wird der Brief Lenins an die britische Arbeiter nicht erwähnt. Dieser Brief ist der Arbeiterpartei noch nicht mitgeteilt worden. Jedoch verlautet, daß Linin scharf gegen England Stellung nimmt und erklärt, er sei keineswegs erstaunt, daß der Standpunkt gewisser Mitglieder der Delegation sich nicht mit dem Standpunkt der Arbeiter, sondern mit dem der Bürger vereinbare. Diese Bürger bezeichnet er als eine Klasse von Ausbeutern. Er weist ferner auf die Raubinteressen der großen Weltbankier hin und auf die Raubregierungen der Allierten. Ein Mitglied der Arbeiterpartei erklärte, es sei der Ansicht, daß dieser Brief keine guten Folgen für den Bolschewismus haben würde. Er bedeute einen Angriff auf die britischen Arbeiter und die Arbeiterbewegung und würde sowohl von den Führern wie auch von den Mitgliedern der Partei zurückgewiesen werden.

Der Brief Lenins veranlaßt die „Morning Post“ zu einem heftigen Angriff auf den Bolschewismus. Das Blatt erklärt, man solle Krasin sofort die Pässe zustellen und ihn zwingen, das Land zu verlassen. Der erste Minister Großbritanniens könne nicht mit dem Vertreter der Sowjetregierung, der derartig antibritische Meinungen äußere, an einen Tisch sitzen. Lloyd George müsse nun endlich einsehen, daß er ebensowenig mit den Bolschewisten zu Vereinbarungen kommen könne, wie seinerzeit Hasbanc mit dem Prussianismus. Wenn die Mittelungen Lenins einen wesentlichen Teil der Politik von Moskau darstellen, müsse Krasin baldmöglichst abgeschoben werden.

trunken und mit seiner Wachsamkeit geprahlt. Darin hatte er von je, seiner Natur nach, die höchste Eigenschaft eines vollkommenen Schieferbeckers gesehen und in der Zeit seiner Tätigkeit genau Beweise davon gegeben, die der Öffentlichkeit nicht unbekannt geblieben waren. Dann hatte er gedauert, jetzt wolle er sein Meisterstück machen, und war stark bewundert von der Schenke nach Sankt Georg gegangen. Alles Umstände, die herumkamen und die einmal gefasste Meinung nur bestätigten. Ein glücklicher Zufall hatte alle Arbeiter von Sankt Georg entfernt; von dem Kampfe nach dem Sturz mußten außer Apollonius nur die Dohlen, die dort wohnten. Der Fechter hatte folglich, nachdem er die Geschichte erfahren, seinen Feind aufgesucht und brachte diese auf den Lurmboden, wo er den Größten Herd fand, schon völlig fertig mit. Er fiel es niemand ein, diesen zu fragen. Man erzählte ihm, anstatt ihn erzählen zu lassen. Es hatte ihn bei seinem Schmerz in der Seele des Vaters geteilt, daß niemand den wahren Sachverhalt ahnte; die Schande des Bruders und damit des ganzen Hauses konnte niemand helfen und der Vater hätte es ihm nicht über das, worum man ihn nicht fragte. Der alte Herr erzählte der verloren Sohn hatte den Tod absichtlich gesucht. Er: „Was war so gut. Alles was er vernahm, bezog sich ihm der Unglückliche wollte die Ehe seines Hauses lösen. Dennoch ängstigte ihn die Möglichkeit, es möchten noch Umstände bekannt werden, die den allgemeinen Verdacht kräftigen könnten. Natürlich aber ließ er sich weder seine Meinung noch seine Furcht abgeben. Er zeigte sie still Apollonius nicht, der im Glauben, der alte Herr teile die Heiligung der ganzen Stadt, ihm nun verdammt, wovon er fürchte mußte, es würde den Vater unendlich erwidern und bekräftigen. Er blieb die erste Meinung unverständlich, die Gerichte fanden kein Unrecht, unterzucht einzuführen, und die Gefahr, die der Ehe der Familie drohte, ging glücklich vorüber.“

Zwischen Himmel und Erde.

Wieder von Otto von Guericke.

(Fortsetzung)

„Sag mir, ob ich dich nicht kenne?“ sagte er zu ihm und schaute ihn an. „Du bist der Sohn des Mannes, der mich kenne.“ „Nein, ich bin der Sohn des Mannes, der dich kenne.“ „Sag mir, ob ich dich nicht kenne?“ sagte er zu ihm und schaute ihn an. „Du bist der Sohn des Mannes, der mich kenne.“ „Nein, ich bin der Sohn des Mannes, der dich kenne.“ „Sag mir, ob ich dich nicht kenne?“ sagte er zu ihm und schaute ihn an. „Du bist der Sohn des Mannes, der mich kenne.“ „Nein, ich bin der Sohn des Mannes, der dich kenne.“

von allen Seiten. Wie ich heute schon auf ein bleicheres Gesicht sah, das mir auf dem Gesichtsaugen lag. Dann bemerkte ich die Hand des Mannes, der mich kenne. „Sag mir, ob ich dich nicht kenne?“ sagte er zu ihm und schaute ihn an. „Du bist der Sohn des Mannes, der mich kenne.“ „Nein, ich bin der Sohn des Mannes, der dich kenne.“ „Sag mir, ob ich dich nicht kenne?“ sagte er zu ihm und schaute ihn an. „Du bist der Sohn des Mannes, der mich kenne.“ „Nein, ich bin der Sohn des Mannes, der dich kenne.“

Table with 3 columns: yesterday, today, and previous day. Rows include Danzig, Thorn, Glogau, and others.

Chefredakteur Adolf Barzel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Barzel, für den wirtschaftlichen Teil Ernst Kopp, für die Inserate Bruno Gwetz.

Wann... nur Erlangung von geeigneten Umkleegeräten...

temoniale will... 1. Preisliste mit circa 100 Wark und 2 Bällen mit Photographie...

Standesamt vom 17. Juni 1920.

Heute: Frau Giffelsh... 40 J. 1 W. Gausdame... 48 J. 7 W. ...

Vollheft vom 17. Juni 1920. Der Heft... 21 Personen...

Ämliche Bekanntmachungen.

Verordnung über eine Erntekählung im Gebiete der künftigen Freien Stadt Danzig in den Monaten Juni bis Oktober 1920.

Zur Grund des § 2 der Verordnung über die Errichtung eines Wirtschaftsausschusses...

Im Gegensatz zu den früheren Erntekählungen während der Monate Juni bis Oktober...

Die Erntekählung erfolgt annähernd zur Zeit durch eine Anzahl von Parteimitgliedern...

Die Erntekählung erfolgt annähernd zur Zeit durch eine Anzahl von Parteimitgliedern...

Die Wirtschaftsausschüsse sind die ältesten Einrichtungen zur Ausführung der Erntekählung...

Wer sich den unter § 2 erwähnten Bestimmungen unterliegt...

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Danzig, den 13. Juni 1920. (1806)

Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig

Städtisches Brennholz

Stubbenholz und Ofenholz.

Die Abgabe erfolgt auf dem städtischen Sämlagerplatz am Schützenweg, General 1301.

Außenholz in ungeschichteter Packung wird nur in Mengen von 1/2 Kubikmeter und mehr abgegeben.

Stubbenholz gelbes, in großen Stücken kostet 12.- Mark je 300 Liter...

Ofenholz gelbes, 1/2 Kubikmeter (1 Riese) kostet 10.- Mark...

Die Freibauslieferung für Ofenholz ist wieder aufgenommen. Das Aufschlag beträgt je Riese im inneren Stadtgebiet 1.50 Mark...

Terz Holz wird nur eine Menge von mindestens 4 Riesen geliefert. Außenholz und Stubbenholz wird nur ab Lagerplatz abgegeben.

Annahmestellen für Auftrag und Zahlung: Für Außenholz und Stubbenholz am Lagerplatz...

Offenstücken: am Schützenweg von 8.00 bis 12.00 Uhr, Kammerecke von 12.00 bis 12.30 Uhr.

Danzig, den 12. Juni 1920. (1564) Der Magistrat.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Besitzer u. Direktor Paul Rasmann. Kapellmeisterische Leitung: Direktor Sigmund Kunstadt.

Die Czardasfürstin Operette in 3 Akten. Musik von Emmerich Kálmán.

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr in der Tageskasse von Kodin, Langenmarkt 1A. Sonntags von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“ Täglich Anfang 8 Uhr. Das glänzende Juni-Programm.

Zoppoter Stadttheater.

Donnerstag, den 17. Juni, abends 7.1/2 Uhr. 1. Gastspiel Albert Bassermann:

„Die Menschenfreunde“ Drama in 3 Akten von Richard Dörmann.

Freitag, den 18. Juni, abends 7.1/2 Uhr. 2. Gastspiel Albert Bassermann: „Der Raub der Sabinerinnen“.

Montag, den 21. Juni, abends 7.1/2 Uhr. 3. Gastspiel Albert Bassermann: „Orhella“.

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

Hotel Danziger Hof

Wintergarten. Täglich Abend-Konzerte. Kapelle Steffl. Nachmittags 4-Uhr-TEE. Steffl-Konzerte.



Aha! Auch mit „FADA“ Seifenpulver gewaschen.

Tausche

meine Wohnung bestehend aus 1 Stube, gr. Küche, Hof, Keller geg. Wohnung mit 2 Zimmern od. 1 Zimmer u. Kabinett. Angeb. unter Nr. 100 a. d. Erped. d. Bl. (1)

Verlangen Sie die „Volksstimme“ in den Gaststätten!

Trägerin für Langfuhr

„Danziger Volksstimme“. Zu melden in der Expedition Am Spendhaus 6 oder Steinbeiß, Langfuhr, Mirkauer Weg 12, 1.

Sprecht Esperanto

Auskunft bei Ketterling, Drg.-Langfuhr, Luisental 6 pt., Tendler, Danzig, Paradiesg. 32 b Lr.

Ein Extra-Angebot Damen-Putz

Zu aussergewöhnlich billigen Preisen. In den Schaufenstern besonders ausgestellt.

Serie I Ein Posten Hüte und Formen 9.75

Serie II Ein Posten Bordenhüte 29.50

Serie III Ein Posten elegante garnierte Hüte 35.00

Serie IV Modellhüte und vornehme hochlegant gearbeitete Modellkopien im Preise ganz erheblich herabgesetzt

Ein Posten Kronenreihler schwarz, weiß und farbig 19.50

Freymann. Anfertigung von Trauerhüten und Kleidung sofort im eigenen Atelier.

Volkspflege

Gemeinschaftlich-Benennungsgesellschaft Aktiengesellschaft. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polsterverkauf. - Sterbekasse. - Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig.

Ausbessern

von Wäsche u. Garderobe übernimmt Frau Witwe († Jorkowich, Tischlerg. 52, 3. Etage) Heilhalbe bei offenen Beinwunden, Krampfadern, alten Wunden, Schachtel Mk. 3.50. Versand Grüne Apotheke, Erfurt 561 (6028)

Makulatur

hat abzugeben Danziger Volksstimme Am Spendhaus 6.

Ein gutes Fahrrad mit 2 Schläuchen u. 1 Mantel, ein kleiner 2 räder. Wagen zu verk. Tobiasgasse 19, Hinterhaus. (†)

Ein kleiner Popen Babywäse zu verkaufen (†) Watzke, Nieb. Seigen 8 II.

Gute Konzertpfeife mit Notenlehre verkauft Hundt, Langgarter-Singergasse 3. (†)

Gebr. gut. Kinderwagen mit Verdeck z. k. gei. Schriftl. Angeb. an Bernh. & Jänemann, Hundsgasse 101, 2 Et. (†)



„JUGEND“ ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN. VERLAGER: WILHELM BRUNNEN, BREMEN.